

Wiebke Knell

## KNELL ZUM TOURISMUS IN DER CORONA-KRISE

30.04.2020

---

WIESBADEN - Was wird aus dem Sommerurlaub? Wie sieht es mit den Herbstferien aus? Wellness-Tage im Advent? Was die Bürgerinnen und Bürger angesichts der Corona-Krise in Bezug auf Freizeit und Erholung beschäftigt, bereitet der Tourismus-Branche schlaflose Nächte. „Für Hotels, Gaststätten und Reisebüros geht es ums wirtschaftliche Überleben“, betont Wiebke KNELL, tourismuspolitische Sprecherin der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, und fordert Unterstützung. „In einigen Teilen Hessens ist der Tourismus ein starker Wirtschaftszweig, der viele Arbeitsplätze bietet“, sagt Knell und nennt als Beispiele das Willinger Umland, den Edersee und die Rhön.

„Wir dürfen nicht riskieren, dass Hotels und Gaststätten infolge der Corona-Krise dauerhaft schließen müssen“, sagt Knell und verweist auf Branchenschätzungen, nach denen ein Viertel bis ein Drittel der Betriebe dicht machen müssen, wenn sie nicht bald wieder öffnen dürfen. „Geld, das heute nicht im Hotel oder Restaurant ausgegeben wird, wird zu einem späteren Zeitpunkt nicht doppelt ausgegeben“, macht Knell klar. „Niemand bestellt dann zwei Pizzen statt einer, keiner bucht zwei Zimmer statt einem.“

„Soforthilfen und die für ein Jahr gesenkte Mehrwertsteuer auf Speisen mögen finanziell die Not lindern - wobei die gesenkte Mehrwertsteuer nach unserer Auffassung auch auf Getränke und nicht nur bis Ende Juni 2021, sondern bis mindestens Jahresende 2021 gelten sollte. Die Hoteliers und Gastronomen brauchen aber auch eine klare Aussage, wann sie wieder öffnen dürfen. Ein von den Freien Demokraten vorgelegter Zeitplan sieht vor, dass Aufenthalte in Hotels schon jetzt wieder möglich sein sollen, Restaurantbesuche dann vom 4. Mai an“, erklärt die tourismuspolitische Sprecherin. Sie gibt zu bedenken: „Für gastronomische Betriebe gelten ohnehin sehr strenge Hygiene-Auflagen. Warum sollten dann nicht auch die für den Infektionsschutz erforderlichen Hygiene- und Abstandsregeln eingehalten und zum Beispiel Tische im Restaurant weiter auseinandergerückt werden?“

Knell macht zudem auf die schwierige Lage für die rund 700 hessischen Reisebüros aufmerksam, die aufgrund ihrer Größe und Struktur kaum von bisher aufgelegten Hilfsprogrammen profitieren und dazu noch unter Stornierungen und Provisionsverlusten leiden. „Hier muss es schnelle und unbürokratische Hilfe geben“, sagt Knell. „Wir Freie Demokraten können uns auch vorstellen, Reisebüros mit einer negativen Gewinnsteuer zu entlasten. Zudem plädieren wir dafür, dass Kunden, die ihre Reisen stornieren, auf freiwilliger Basis Gutscheine ihres Veranstalters bekommen.“